

## Das liberale Ringen um eine „neue“ Außenpolitik nach 1990. Ein Kommentar aus Zeitzeugen-Perspektive

Der in meinen Augen sehr gelungene Beitrag von Andreas Wirsching hat mir Vieles von dem, was ich aus der Nähe zu den liberalen Außenministern Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel in den 1990er Jahren miterlebt habe, erneut vor Augen geführt. Aus der Sicht des Zeitzeugen, der ich vor allem, aber nicht ausschließlich als Mitglied im Parteipräsidium und Bundesvorstand der FDP war, möchte ich einige Anmerkungen dazu machen. Dabei will und kann ich natürlich nicht als langjähriger Partei- und Fraktionsvorsitzender verhehlen, dass meine Anmerkungen aus der Perspektive eines nach wie vor überzeugten Liberalen erfolgen, der eine grundlegende Sympathie für die damals auf liberaler Seite außenpolitisch Handelnden hegte und hegt, was natürlich nicht ausschließt, dass ich einiges anders beurteilt habe.

Ob der Rücktritt Hans-Dietrich Genschers im Mai 1992 so überraschend war, ist fraglich. Politische wie auch gesundheitliche Beanspruchung haben dabei sicher eine Rolle in einem nahezu rastlosen Leben gespielt, der Zwei-plus-Vier-Vertrag war verhandelt, die Charta von Paris war unterzeichnet, neue Fundamente waren gelegt. Die russischen Soldaten waren abgezogen, ohne dass ein Schuss gefallen war.

Das sollte sich aber schon im Laufe des Jahres 1991 rasch ändern, wobei die großen Krisenherde die beiden von Wirsching genannten im Nahen Osten und – direkt vor unserer Haustür – in Osteuropa waren. Dort waren es allerdings zwei bzw. noch mehr: neben Jugoslawien vor allem der „Zerfall“ der Sowjetunion, also beide Male die Erosion übernationaler Staatengebilde. Genscher hat wohl anfänglich geglaubt, die osteuropäischen Entwicklungen mit den bewährten Mechanismen aus dem KSZE-Prozess in den Griff zu bekommen, wie es Wirsching schreibt. Die plötzlich auftretende politische Destabilisierung ganzer Großregionen war aber erkennbar mit den bekannten Instrumenten doch nicht mehr zu einzudämmen. In Jugoslawien gelang das in der Tat nicht auf friedlichem Wege, sondern erst nach einem blutigen Krieg mit massiver Intervention von außen.

Genschers – und unser – ursprünglicher Optimismus war aber nicht so ganz verfehlt. Denn an einer anderen Ecke Europas, die wir zunächst genauso brisant eingeschätzt haben, gelang der angestrebte Ausgleich dann doch,

nämlich im Baltikum. Auch da hätte eine in Frage gestellte innerstaatliche Führungsmacht gegen die „Sezessionisten“ blutig zurückschlagen können, was glücklicherweise weitgehend ausblieb. Es kommt eben in der internationalen Politik auch auf die Einsicht der Mitspieler an, in Moskau war sie vorhanden, in Belgrad leider nicht.

Von Albert Einstein stammt der Satz, dass die Welt nicht nur von denen bedroht ist, die böse sind, sondern auch von denen, die das Böse zulassen. Es hat und es wird die deutsche Außenpolitik nach den großen Katastrophen zu Beginn des letzten Jahrhunderts immer eine große Überwindung kosten, sich den Ernstfall einer solchen Erkenntnis vorzustellen, wenn friedliche Konfliktregelungsmechanismen nicht greifen. Dass das Grundgesetz „out of area“-Einsätze untersagte, war in dieser Angelegenheit eher gängige Antwort des Auswärtigen Amtes und auch Genschers, nicht die der gesamten Bundestagsfraktion und auch nicht der gesamten FDP, meine auch nicht. Sie war, wie es der Balkankrieg zeigte, auch nicht durchzuhalten.

Wegschauen im Ernstfall ist eben nie ein ausreichender ethischer Horizont. Aus der Katastrophe deutscher Geschichte eine solche Konsequenz zu ziehen, wenn Menschen physisch bedroht werden, schien der FDP-Bundestagsfraktion und auch dem Nachfolger Genschers, Klaus Kinkel, etwas gewagt. Uns stand aber auch die politische Sprengkraft solcher Einsätze für die deutsche Gesellschaft klar vor Augen. Genscher selbst, aber auch Otto Graf Lambsdorff und Wolfgang Mischnick hatten ja den Zweiten Weltkrieg noch bewusst als Soldaten miterlebt; der Krieg hatte sie – in unterschiedlichem Maße – geprägt. Auf der anderen Seite war seitdem fast ein halbes Jahrhundert vergangen, das für die Bundesrepublik eine hoch angesehene Bundeswehr, aber keine Kriegsopfer mehr mit sich brachte. Krieg in Europa war zudem für die meisten unvorstellbar geworden.

Die Grausamkeiten aber gerade auf dem „Hinterhof Europas“ und an vorderster Front des Balkankrieges machten am Ende eine Intervention unabdingbar. Klaus Kinkel deutete sie mit dem Interventionsgebot im „Namen der Menschenwürde und humanitärer Hilfe“ an. Er war davon überzeugt, dass man „eine Art von konditionierter Legitimierung“ für humanitäre Interventionen als letztes Mittel brauche. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte in einem maßgeblichen Urteil 1994 seine Überzeugung. Sie machte den Weg frei für die Überwindung einer Tabuschwelle deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, die eine Kultur der Zurückhaltung nahezu über alles setzte und am Ende nur eine geringe Fähigkeit zum strategischen Umgang mit internationalen Konflikten entwickelt hatte.

Ich schließe mich Andreas Wirsching in seiner differenzierten und zutreffenden Bewertung der Herausforderung des Krieges in Jugoslawien voll an. Mit Klaus Kinkel habe ich oft lange darüber gesprochen. Wir wussten, dass Hans-Dietrich Genschers Prinzipien, seine Verhandlungsführung, sein

Grundgedanke des gegenseitigen Vertrauens zu großartigen Erfolgen geführt hatten. Wir übersahen aber auch nicht, dass die fundamentalen Veränderungen ihnen nicht mehr den Raum boten, den sie gehabt hatten. Mein Eindruck war, dass Hans-Dietrich Genscher dies auch schon sah und – wer wollte es ihm verübeln – einfach nicht noch einmal eine solche gewaltige Anstrengung unternehmen konnte, wie er sie vollbracht hatte. Über 22 Jahre in aufreibenden Ministerämtern steckt niemand leicht weg.

Dass die weitere ökonomische Öffnung Chinas zu einer politischen Liberalisierung führen würde, war und bleibt bis heute ein frommer Wunsch. Wir Liberalen haben dies sozusagen hautnah erfahren: Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit musste im Zusammenhang mit ihrem klaren Eintreten für die Religionsfreiheit der Tibeter 1996 ihr Büro in Peking schließen, sie sah 2020 auch in Hongkong kein sinnvolles Arbeiten mehr; Chinas Zusagen über „ein Land, zwei Systeme“ sind kassiert, wenn sie denn je ernsthaft waren. Die deutschen Widersprüche in der Positionierung gegenüber China sind geblieben. Deutschland fehlte in solchen Fällen schon immer eine klare Körpersprache. „Nirgendwo tritt die altbekannte Spannung der bundesrepublikanischen Außenpolitik zwischen Menschenrechtspolitik und ganz konkreten Wirtschaftsinteressen“ so „krass hervor“ wie bei China, schreibt Andreas Wirsching zu Recht.

Eine ähnliche Spannung besteht schließlich auch bei einem weiteren außenpolitischen Problemkreis, dem Verhältnis Deutschlands resp. des Westens zu Russland. Aus vielen Gesprächen weiß ich, dass dieses Problem Hans-Dietrich Genscher während seiner letzten Lebensjahre ungemein beschäftigt hat. Noch in seiner letzten größeren Publikation hat er nachdrücklich dafür plädiert, dass der seit Bismarck berühmte „Draht nach Russland“ nicht abreissen dürfe. Im Gegenteil: Ziel sollte ein „Friedensraum von Vancouver bis Wladiwostok“ sein. Es gibt westliche Fehleinschätzungen, es gibt aber hier nicht jene Art von Verletzung von Abkommen, welche die russische Führung selbst unterzeichnet hat, durch Russland selbst. Der russische Bär ist kein Vegetarier. Wir müssen mit Russland umgehen wie es ist, und nicht, wie wir es uns im Idealfall wünschen.

Es lohnt sich im Übrigen, diesbezüglich die NATO-Russland-Grundakte von 1997 noch einmal genau zu lesen. Da heißt es, „im gegenwärtigen und vorhersehbaren Sicherheitsumfeld“ werde es keine „zusätzliche und permanente Stationierung von erheblichen Kampftruppen“ auf dem Territorium der neuen Mitgliedsstaaten geben, allerdings mit dem wesentlichen Zusatz: „Eine Verstärkung kann stattfinden, falls sie für die Verteidigung gegen eine aggressive Bedrohung notwendig ist. Die Verteidigung verpflichtet sowohl Russland wie auch die NATO, auf gegenseitige Bedrohung durch Truppen zu verzichten sowie auch auf die Bedrohung jedes anderen Staates, seiner Souveränität, seiner territorialen Unverletzlichkeit oder politischen Unab-

hängigkeit.“ Das Letztere wird gerne von jenen vergessen, die großzügig mit russischen Interventionen auf der Krim und in der Ukraine umgehen. Auch wenn es Stimmen gibt, die das verstehen, man muss es nicht billigen.

Starke, unabhängige Nachbarn sind für Russland ein Vorteil, kein Nachteil. Russlands Stärke kann und darf nicht auf Kosten der benachbarten ehemaligen Sowjetrepubliken gründen. Russland profitiert nicht von schwachen und instabilen Nachbarn. Die erfolgreiche Entwicklung dieser Länder und der Aufbau reifer Beziehungen, sowohl untereinander als auch mit der ehemaligen Großmacht, wären für alle Seiten von Vorteil. Imperiale Nostalgie ist kein Weg.

Von „strategischer Partnerschaft“ redet gegenwärtig kaum noch jemand. Eine Partnerschaft wird vom Fundament aufwärts gebaut. In ihrem Kern besteht sie aus der Idee, dass gemeinsame Ziele und Werte die Grundlage gegenseitiger Unterstützung sind. Eine Partnerschaft ist mehr als ein gegenseitiger Ausgleich zur Wahrung von Eigeninteressen. Diese „Win-Win-Philosophie“ passt noch nicht zum Nullsummen-Ansatz, der im offiziellen Denken Russlands herrscht. Ob in der Politik oder in der Wirtschaft, in Russland gibt es Entscheidungsträger, welche einen nüchternen Ansatz verfolgen und nicht einen, der auf Gefühlen basiert. Wo es ihren Interessen entgegenkommt, sind sie bereit, sehr realistisch mit anderen umzugehen. Deshalb sollten sie auch immer wissen, wie wir denken, auch wenn es in Gesprächen und Pressekonferenzen unbequem werden kann.

„Es sollte keine Trennlinien, keine verschlossenen Türen und keinen Sonderweg geben. Russland sollte aufgrund seiner Verdienste behandelt und durch sein Handeln beurteilt werden. Internationale Organisationen und Beziehungen sollten Russland offenstehen wie anderen Staaten. Russland muss sich aber auch an die gleichen Regeln halten. Die EU und die NATO sollten sehr klar kommunizieren, dass sie keine neue Trennlinie auf dem europäischen Kontinent, vom östlichen Ende der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, wollen, dass beide Organisationen nach einem geeinten und freien Europa streben, in dem Menschen und Güter frei und sicher reisen, und dass sie das russische Volk als Teil dieser europäischen Völkerfamilie sehen.“ So lautete die Feststellung der Trilateral Commission, an der ich mitwirken konnte und die ich auch teile.

Nachdem sich die Vereinigten Staaten eines Mannes mit „Inkompetenzkompensationskompetenz“ entledigt haben, ist das atlantische Bündnis wieder revitalisierungsfähig geworden. Die deutsche Gesellschaft sollte daher auf manche geschmäcklerische Bemerkung zu den Vereinigten Staaten verzichten, sie hat jene politischen Kräfte, die zum Sturm auf dem Capitol Hill bereit waren, auch vor der eigenen Haustür. Es ist nicht nur die Außenpolitik, es sind nicht nur Diplomatenbegegnungen, es ist bitter notwendige jeweils eigene gesellschaftliche Stabilität, die ein Bündnis braucht. Ohne

Nordamerika und Kanada wird Europa nicht reüssieren und auch Deutschland seine Rolle nicht finden, die ohnehin europäisch eingebettet sein muss. Die großen Demokratien müssen sich zusammentun, sonst werden Freiheit und Menschenrechte möglicherweise dauerhaft ins Hintertreffen geraten.

Damit komme ich zum Schluss meiner Anmerkungen. Ich stimme mit Andreas Wirsching völlig darin überein, dass Politik, auch und gerade Außenpolitik, immer im Fluss ist. Wie überall im menschlichen Leben gibt es auch dort nicht den Faustschen Augenblick, bei dem man auf ewig verweilen kann. In dieser Erkenntnis sind wir seit 1990 immer wieder überrascht worden. Ein Blick zurück gerade in die deutsche Geschichte hätte eigentlich warnen können, dass es dafür keine Garantie gibt und dass der liberale Aufschwung nicht ohne Rückschläge vonstatten geht.

Die Weltgeschichte unterschreitet diesbezüglich gerade quasi ihr mögliches Niveau. Aber sie lässt auch ein wenig Hoffnung zu, dass sich die – von Wirsching nochmals anschaulich herausgearbeiteten – liberalen Prinzipien von rationalem Austarieren langfristig doch durchsetzen. Denn wer hätte 1966, als Hans-Dietrich Genscher seine große Vision entwarf, geglaubt, dass ein Vierteljahrhundert später die Sowjetunion in die Auflösung ihres Herrschaftsbereichs einwilligen würde und fast die ganze östliche Hälfte unseres Kontinents in die Freiheit entlassen würde. Vielleicht dauert in Bezug auf die außereuropäische Entwicklung der Vormarsch der Freiheit noch länger, aber bislang haben in der Moderne die westlichen Staaten und ihre Prinzipien noch immer den längeren Atem gehabt als die allermeisten autoritären Systeme. Eine Garantie dafür gibt es nicht. Aber ich glaube weiterhin an die langfristig fortschrittsbegründende Kraft der Freiheit. Sie ist menschenwürdig und deshalb allein lohnen die Mühen. Es wäre gut, wenn das in der deutschen Außenpolitik auch deutlicher artikuliert würde. Deutschland ziert sich da leider immer etwas.

